



Darmstädter Juristische Gesellschaft

EINLADUNG

zu einem Vortragsabend mit anschließender Diskussion zu dem

Thema: **“Die deutsche Finanzverfassung -
Leitlinie und Garant für einen starken Staat?“**

Referent: **Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts
Professor Dr. Ferdinand Kirchhof**

Zeit: **Dienstag, 24. Mai 2011, 18.00 Uhr**

Ort: **Industrie- und Handelskammer
- Großer Sitzungssaal -
Rheinstraße 89, 64295 Darmstadt**

Die seit langem ständig steigende Staatsverschuldung, die bei Bund, Ländern und Gemeinden mehr als 1,5 Billionen Euro beträgt und bereits derzeit den politischen Gestaltungsspielraum deutlich einschränkt - von den künftigen Generationen ganz zu schweigen - ist zentraler Gegenstand der Föderalismuskommission II gewesen und hat in der Folge zur Einführung einer verschärften Schuldenbremse in Artikel 109 Abs. 3 GG im Jahre 2009 geführt. Danach sind die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Für außergewöhnliche Notsituationen können nunmehr Bund und Länder eng begrenzte Ausnahmen vorsehen. Wie bereits andere Bundesländer ist in Hessen der entsprechende Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 141 der Hessischen Verfassung am 27. März 2011 in einer Volksabstimmung gebilligt worden, nachdem der Staatsgerichtshof einen Eilantrag der Fraktion Die Linke zur Aussetzung der Volksabstimmung abgelehnt hatte. Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und Inhaber eines Lehrstuhls für Finanz- und Steuerrecht, wird zu dieser Frage der Schuldenbremse aber auch zur Aussparung der Sozialfinanzen und der nicht steuerlichen Abgaben sowie zu aktuellen haushaltsrechtlichen und europarechtlichen Implikationen der Finanzen des Bundes in seinem Vortrag Stellung nehmen. Es dürfte derzeit in der politischen und verfassungsrechtlichen Diskussion kaum ein Thema geben, das die politischen Akteure von Bund, Ländern und Gemeinden so nachhaltig beschäftigt, um die künftige Gestaltungsfähigkeit unseres Gemeinwesens sicherzustellen, wie diese finanzverfassungsrechtlichen Aspekte. Davon unmittelbar betroffen sind nicht nur die Parlamente und Ministerien von Bund und Ländern, sondern alle öffentlichen Institutionen und damit auch alle Bürger.

Sie sind alle zu dieser hochaktuellen Vortragsveranstaltung und Beteiligung an der anschließenden Diskussion herzlich eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Harald Klein
(Vorsitzender)

Dr. Richard Urban
(Stellv. Vors. u. Schriftf.)

Ulf Linder
(Schatzmeister)

Darmstädter Juristische Gesellschaft
Steubenplatz 14, 64293 Darmstadt

Tel.: 06151 - 804 - 332 / - 333
Fax: 06151 - 804 - 558
E-Mail: Info@dajurge.de

Faxantwort bitte umseitig →